



Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF

Jahresbericht 2017

Schwerpunkte der Kommissionstätigkeit

- Stellungnahmen im Vernehmlassungsverfahren
- Politische Partizipation von Frauen / Projekt Eidgenössische Wahlen 2019
- Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich Care-Arbeit
- Frauen Macht Geschichte
- Umsetzung der UNO-Frauenrechtskonvention CEDAW in der Schweiz

1. Die Arbeit der Kommission

1.1 Stellungnahmen der EKF im Vernehmlassungsverfahren

Stellungnahme zur Reform der Altersvorsorge 2020 (Juni)

Die EKF empfahl die Reform der Altersvorsorge 2020 im Sinne eines Kompromisses zur Annahme (Volksabstimmung am 24. September 2017). Als positiv bewertete die Kommission die geplante Erhöhung der AHV-Neurenten um monatlich 70 Franken, die grössere Flexibilisierung des Bezugs der Altersrente von 62 bis 70 Jahren, die Neugestaltung des Koordinationsabzugs in der zweiten Säule sowie den Anspruch auf Rente anstelle Kapitalbezug bei Austritt aus der Vorsorgeeinrichtung vor dem Rentenalter. Die Erhöhung des Rentenalters für Frauen von 64 auf 65 Jahre hielt die EKF weder unter gleichstellungs- noch sozialpolitischen Gesichtspunkten für angebracht.

Stellungnahme: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungsstimmungen.html

Vernehmlassung Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten (Juni)

Die EKF unterstützt das Ziel der Vorlage, die Steuerabzüge für Kinderdrittbetreuungskosten zu erhöhen. Die Kommission betonte jedoch, dass es angemessener wäre, das Besteuerungssystem einer Gesamtrevision zu unterziehen, und nicht, wie in der aktuellen Vorlage, in Einzelreformen anzupassen. Seit langem setzt sich die EKF ein für ein zivilstandsunabhängiges Besteuerungssystem, für den Abbau von negativen Erwerbsanreizen für Frauen und für tiefere Elternkosten bei der Kinderdrittbetreuung.

Stellungnahme: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungsstimmungen.html

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV), Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte (gemischte Methode) (August)

Die EKF begrüsst und unterstützt den Entwurf des Bundesrates inklusive Übergangsbestimmungen. Damit wird eine seit vielen Jahren bekannte indirekte Diskriminierung von Teilzeit-

arbeitenden in der Invalidenversicherung IV beseitigt, von der in der überwiegenden Mehrheit der Fälle Frauen betroffen waren, die wegen familiären Pflichten die Erwerbstätigkeit reduziert haben. Die Kommission hatte den Bundesrat in der Vergangenheit mehrere Male auf diese Diskriminierung hingewiesen. Ausgelöst durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte EGMR vom 2. Februar 2016 nahm der Bundesrat die notwendigen Anpassungen zur diskriminierungsfreien Anwendung der gemischten Methode vor. Die vorgesehene Änderung soll per 1. Januar 2018 in Kraft treten. Damit wird eine der Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses an die Schweiz umgesetzt.

Stellungnahme: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungsstellungennahmen.html

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Unterstützung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (Oktober)

Die EKF unterstützt das Ziel der Gesetzesvorlage, eine nationale Menschenrechtsinstitution NMRI zu schaffen, welche den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Schweiz stärken soll. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Option Status quo + entspricht den Kriterien und Anliegen der EKF jedoch nur teilweise. Die Kommission favorisiert die Option eines unabhängigen Instituts in Form eines privatrechtlichen Vereins, einer Stiftung oder die Ausgestaltung als öffentlich-rechtliche Anstalt.

Stellungnahme: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungsstellungennahmen.html

Vernehmlassung zur Verordnung über die Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen (Inkassohilfeverordnung, InkHV) (Dezember)

Die EKF begrüsst es, dass der Bundesrat auf dem Verordnungsweg festlegt, welche Leistungen zwingend Bestandteil der unentgeltlichen Inkassohilfe sind. Gemäss Verordnungsentwurf haben die Kantone geeignete Massnahmen zur Gewährleistung einer qualitativ hinreichenden Inkassohilfe zu treffen, damit diese schweizweit vereinheitlicht und die schweizweite Gleichbehandlung der unterhaltsberechtigten Personen gewährleistet wird. Hingegen bedauert es die EKF, dass die Harmonisierung einer angemessenen Alimentenbevorschussung nicht an die Hand genommen wird, obwohl der entsprechende Bedarf seit langem schweizweit anerkannt ist.

Stellungnahme: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungsstellungennahmen.html

1.2 Politische Partizipation von Frauen / Eidgenössische Wahlen 2019

Wie bereits in den vergangenen Jahren engagierte sich die EKF – auch im Hinblick auf die nächsten eidgenössischen Wahlen 2019 - dafür, dass mehr Frauen ins Parlament gewählt werden.

Die von der Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe diskutierte eine Reihe von möglichen Massnahmen. Um die Öffentlichkeit für das Anliegen zu sensibilisieren und vor allem interessierte Frauen zu motivieren, für ein politisches Amt zu kandidieren, wurde mit aktiven Politikerinnen ein Spot konzipiert und gedreht. Dieser Spot soll im Frühjahr 2018 lanciert werden. Des Weiteren sollen 2018 Gespräche mit verschiedenen Parteien stattfinden. Dabei geht es um die zentrale Rolle, die diesen bei der Förderung und Unterstützung von Frauenkandidaturen zukommt.

1.3 Care-Arbeit

Eine Arbeitsgruppe der EKF befasste sich im Berichtsjahr mit den Entwicklungen im Bereich der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit. Im Auftrag der Kommission verfasste zunächst Heidi Stutz, Sozialökonomin und Wirtschaftshistorikerin, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, ein Arbeitsdokument, in dem die gleichstellungsrelevanten Aspekte der Care-Arbeit ausgeführt wurden, und diskutierte die Resultate im Plenum. Zu einem späteren Zeitpunkt lud das Plenum weitere ExpertInnen ein: Lilian Fankhauser, Vorstand WIDE Switzerland (Grundlagen zur Care-Arbeit), Nadia Baghdadi, Fachhochschule St. Gallen (Verteilung der Care-Arbeit und Care-Migration), und Markus Theunert, Programmleiter MenCare Schweiz («Caring Masculinities» - Care Arbeit aus der Sicht der Männer). Die Erkenntnisse aus diesen fachlichen Inputs liess die EKF jeweils in ihre aktuellen Arbeiten (Stellungnahmen) einfließen. Die Kommission wird sich auch 2018 laufend mit den neuen Entwicklungen und Handlungsoptionen in diesem Themenbereich befassen, insbesondere auch mit dem Aktionsplan des Bundesrates zur Angehörigenpflege.

1.4 Elternurlaub / Elternzeit

Die Einführung eines gesetzlich geregelten und bezahlten Elternurlaubs von mindestens 24 Wochen für Mütter und Väter bleibt für die Kommission ein wichtiges politisches Anliegen (vgl. hierzu auch den Jahresbericht 2016). Sie hat mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass der Bundesrat am 18. Oktober 2017 die Ablehnung der Eidgenössischen Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» beschlossen und auf einen Gegenvorschlag verzichtet hat. Die Kommission wird sich 2018 erneut mit dieser Thematik befassen.

1.5 Frauen Macht Geschichte

1.5.1 Veranstaltung zum 100. Geburtstag von Iris von Roten

Den Problemen des weiblichen Lebens bis an die Wurzeln nachgehen und die Zusammenhänge verstehen. Dies war das Anliegen von Iris von Roten, Juristin, Frauenrechtlerin und Autorin von «Frauen im Laufgitter. Offene Worte zur Stellung der Frau» (1958). Mit diesem Werk hat sie Geschichte geschrieben – und Realitäten verändert. Ihre Analyse der Geschlechterverhältnisse und ihre Forderung nach tatsächlicher Gleichstellung sind bis heute wegweisend.

Am 2. April 2017 wäre Iris von Roten 100 Jahre alt geworden. Am 9. November 2017 würdigte die EKF deshalb Iris von Roten an einer Veranstaltung an der Universität Bern gemeinsam mit rund 100 Gästen aus Politik, Organisationen und Zivilgesellschaft als Vordenkerin der Emanzipation.

1.5.2 «Vorbilder» als Schwerpunktthema der Zeitschrift «Frauenfragen» 2017

Vorbilder machen Frauen Mut, ihren Weg zu gehen, sich von Widerständen nicht beirren zu lassen und sich gegen einengende Konventionen und Geschlechterstereotype zu wehren. In «Frauenfragen» 2017 werden 18 Frauen mit solchen Vorbildqualitäten vorgestellt. Sie sind Kämpferinnen und Pionierinnen der älteren und jüngeren Generation. Ihr persönliches, berufliches, politisches oder auch künstlerisches Engagement zeigt beispielhaft, welchen Beitrag Frauen für die Gesellschaft leisten.

Iris von Roten sind mehrere Artikel gewidmet. Für die Illustration des Hefts und des Werbe-flyers stellte Hortensia von Roten zahlreiche Fotos ihrer Mutter zur Verfügung.

Die Zeitschrift «Frauenfragen» erscheint jeweils im November als Jahresheft. Die Artikel sind auch auf der EKF-Website verfügbar: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/fachzeitschrift--frauenfragen-/frauenfragen-2017.html

1.5.3 Aktualisierung der Webdokumentation: «Frauen Macht Geschichte»

Von 1848 bis heute: Die Webdokumentation «Frauen Macht Geschichte» wurde aktualisiert (Stichdatum: 31. Juli 2017). Sie vermittelt die wichtigsten Daten und Fakten zu Politik, Recht und Bildung. Verfügbar als PDFs auf der Website der EKF in deutscher, französischer und italienischer Sprache: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/geschichte-der-gleichstellung--frauen-macht-geschichte.html

1.6 Rehabilitierung der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen

Im Januar beteiligte sich die EKF an der ersten Zwischenbilanz der Unabhängigen Expertenkommission UEK, welche die administrativen Versorgungen wissenschaftlich untersucht. Im März fand zudem ein Expertinnen- und Expertenaustausch über die bisherigen Forschungsergebnisse statt, an dem die EKF-Geschäftsführerin um eine Stellungnahme zum Stand der Forschungsvorhaben, insbesondere zum Forschungsbereich Rechtspraxis und Expertise, gebeten wurde.

Im Juni 2017 traf sich der von Bundesrätin Simonetta Sommaruga eingesetzte Runde Tisch zu einer weiteren Sitzung, an der die Geschäftsführerin der EKF mit beratender Stimme teilnahm. Schwerpunkte waren das neue Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981, das am 1. April 2017 in Kraft gesetzt wurde, die Forschungsarbeiten der UEK und das geplante Forschungsprogramm 76 des Schweizerischen Nationalfonds «Fürsorge und Zwang – Geschichte, Gegenwart, Zukunft».

1.7 Gleichstellung, Kultur und Religion

Die Kommission diskutierte und verabschiedete ein aktualisiertes Positionspapier, in dem die relevanten rechts- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen seit 2010 (Publikation eines ersten Positionspapiers der EKF) aufgenommen worden sind.

Gleichstellung der Geschlechter und kulturelle/religiöse Praktiken. Positionspapier der EKF, 2017: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungsstellungen.html

1.8 Dienstpflicht und Gleichstellung

Anlässlich einer Plenarsitzung informierte sich die EKF über die aktuelle Diskussion zum Thema Dienstpflicht und Gleichstellung. Im Fokus standen dabei die vier vom Bundesrat aktuell präsentierten Varianten (Status quo plus, Sicherheitsdienstpflicht, norwegisches Modell, allgemeine Dienstpflicht), wie die künftige Dienstpflicht in der Schweiz aussehen könnte. Die EKF verzichtete auf eine Stellungnahme, beschloss jedoch, die Entwicklungen weiter zu verfolgen.

1.9 Umsetzung von CEDAW in der Schweiz

1.9.1 CEDAW-Online-Tool für die Schweizer Rechtspraxis

Da die jährliche Aktualisierung des von der Kommission entwickelten Online-Tools zu CEDAW jeweils mit beträchtlichem Ressourcenaufwand verbunden ist, wurden im Laufe des Jahres 2017 Kooperationsmöglichkeiten mit verschiedenen Bundesstellen und weiteren Organisationen abgeklärt. Dies im Bestreben, dem elektronischen Leitfaden künftig eine breitere Basis zu verschaffen, seine Verbreitung in den Zielgruppen zu erleichtern und die weitere technische Betreuung und Finanzierung zu sichern. Die entsprechenden Gespräche werden 2018 weitergeführt.

1.9.2 Vergleich der Abschliessenden Bemerkungen des CEDAW-Ausschusses mit den Forderungen der EKF

Die EKF setzte sich parallel zu den Abklärungen hinsichtlich des Online-Tools auch mit den Abschliessenden Bemerkungen («Concluding Observations») des CEDAW-Ausschusses (vom November 2016) auseinander. In einem Arbeitsdokument, das auf der EKF-Website zugänglich ist, wurde ein Vergleich der Abschliessenden Bemerkungen des Ausschusses mit den Forderungen der EKF vorgenommen. Es konnte festgestellt werden, dass von der EKF priorisierte Themen auch vom CEDAW-Ausschuss als besonders relevant betrachtet werden wie zum Beispiel die Sensibilisierung und Ausbildung von Rechtspersonen zu Gleichstellungsthemen. www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/cedaw-leitfaden-fuer-die-rechtspraxis.html

1.10 Istanbul-Konvention

Die EKF befürwortete im Vernehmlassungsverfahren (2015) die Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention). Nachdem das Parlament im Sommer 2017 die Ratifizierung der Istanbul-Konvention beschlossen hatte, liess sich die Kommission im November 2017 vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) über den Stand der geplanten Umsetzung in der Schweiz informieren.

2. Veranstaltungen und Kontakte

Das Präsidium und/oder die Geschäftsführerin der EKF nahmen 2017 an diversen Veranstaltungen teil und brachten die Anliegen der Kommission ein. Namentlich zu erwähnen sind:

- 23. Februar: Vorbereitungstreffen der Schweizer Delegation mit der Zivilgesellschaft zur 61. Session der Commission on the Status of Women (CSW) zu «Women's economic empowerment in the changing world of work»
- 28. Februar: Vorpremiere des Films «Die göttliche Ordnung» zur Geschichte des Frauenstimm- und -wahlrechts in der Schweiz mit Begleitprogramm, organisiert durch AllianceF.
- 07. März und 10. Oktober: Treffen der Geschäftsstellen der ausserparlamentarischen Kommissionen
- 16. März: Vierte Sitzung des Fachbeirats zum Bundesprogramm Bekämpfung Zwangsheiraten

- 23. März: Teilnahme am Runden Tisch des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten EDA zum Dritten Bericht zur allgemeinen regelmässigen Überprüfung der Schweiz («Universal Periodic Report»)
- 25. März: Jahrestagung der NGO-Koordination post Beijing, Thema: «Verweigerung von Frauenrechten aufgrund sogenannt christlicher Werte»
- 26. April: Sitzung des Beirates des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte SKMR
- 29. April: Teilnahme an der Delegiertenversammlung der Evangelischen Frauen Schweiz EFS in Glarus
- 17. Mai: Teilnahme an der Generalversammlung des Dachverbandes Schweizerischer Gemeinnütziger Frauen SGF in Altstätten SG
- 23. Mai: Teilnahme an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes SKF in Sarnen
- 24. Mai: Treffen mit Nils Muiznieks, Menschenrechtskommissar des Europarates
- 09. Juni: Präsentation und Diskussion der Studie «Gender und Medien im Vorfeld der Wahlen 2015» bei der Chefredaktorenkonferenz SRG in Bern (mit den Forschenden)
- 22. Juni: Anhörung zur Aktienrechtsrevision (Geschlechterrichtwerte bei börsenkotierten Unternehmen) in der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates
- 23. August: jährliches Arbeitstreffen des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG mit Frauen-, Männer- und Gleichstellungsorganisationen
- 19. September: Treffen mit VertreterInnen des Schweizer Nationalmuseums (geplante Ausstellung zu 50 Jahren Frauenstimm- und -wahlrecht 2021)
- 31. Oktober: Zweite nationale Tagung zu Zwangsheiraten in der Schweiz (auf Einladung des Staatssekretariats für Migration SEM in Kooperation mit dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG)
- 14. November: Nationale Konferenz des EBG «Stalking – Interventionsmöglichkeiten und Praxismodelle»
- 29. November: Teilnahme am Interviewprogramm im Rahmen einer Wirkungsstudie zum Nationalfondsprogramm (NFP) 60 «Gleichstellung der Geschlechter» (durchgeführt von technopolis, Brighton, UK)

3. Die EKF als ausserparlamentarische Kommission des Bundes

3.1 Plenum

2017 traf sich die Kommission zu drei Plenarsitzungen: am 28./29. März (Retraite in Hergiswil) sowie am 26. Juni und am 29. November in Bern.

3.2 Präsidium

An der März-Plenarsitzung wurde Simone Curau-Aeppli von den Mitgliedern zur neuen Vizepräsidentin der EKF gewählt. Sie trat die Nachfolge von Judith Wyttenbach an, die dieses Amt seit 2012 innehatte.

Geschäftsausschuss und Sekretariat der EKF führten ihre Planungs- und Koordinationsitzungen 2017 an folgenden Daten durch: 23. Januar, 21. Februar, 8. Mai, 3. Juli, 12. September, 10. Oktober, 13. Dezember.

3.3 Geschäftsstelle

Die drei Mitarbeiterinnen des Sekretariats teilten sich insgesamt 150 Stellenprozent (Geschäftsführerin 65 %, wissenschaftliche Mitarbeiterin 35 %, administrative Assistentin 50 %). Die wissenschaftliche Praktikumsstelle der EKF umfasste 80 Stellenprozent.

2.4 Budget

Die Kommission verfügte 2017 über ein Budget von 187'545 CHF (2016: 190'700 CHF).

3.5 Kommissionsmitglieder

Für die verbleibende Dauer der Amtsperiode 2016–2019 wurde als Nachfolger für den zurückgetretenen Manuel Keller (Vertreter des Kaufmännischen Verbandes Schweiz) Albin de Miéville in die Kommission gewählt. Vollständige Mitgliederliste unter:

www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/die-ekf/mitglieder.html

4. Ausblick auf die Kommissionstätigkeit 2018

Themen

- Bekämpfung von Geschlechterstereotypen und Sexismus
- Schutz der persönlichen Integrität / Schutz vor Gewalt
- Politische Partizipation von Frauen / Eidgenössische Wahlen 2019
- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Entwicklungen in der Care-Arbeit
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Soziale Sicherheit
- Umsetzung CEDAW

Ständige Aufgaben

Stellungnahmen zu frauen- und gleichstellungsrelevanten Gesetzesvorlagen sowie Mitarbeit an Gesetzesrevisionen

Publikation von Stellungnahmen und Aktivitäten der Kommission zu aktuellen Themen auf der EKF-Website

Publikation der Fachzeitschrift «Frauenfragen»

Durchführung von Anlässen / Mitarbeit und Teilnahme an Veranstaltungen

Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Projekten des Bundes

Austausch und Zusammenarbeit mit Fachkreisen, Organisationen und Institutionen